

# GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONAL

## UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER:INNEN

Rundmail 3/2023 - 6. Juni 2023

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

rund 80 Geschäftsstellen beteiligten sich um den 1. Mai herum an der **Postkartenaktion** der IG Metall für die Freiheit unserer inhaftierten Kolleginnen und Kollegen in Belarus. Einen Gesamtüberblick, wie viele Postkarten insgesamt an die Botschaft von Belarus versandt worden sind, haben wir leider nicht. Kenntnis haben wir von den Mai-Kundgebungen in Frankfurt/Main, Essen, Oberhausen und Recklinghausen sowie der Vertrauensleutekonferenz von Volkswagen in Wolfsburg am 6. Mai. Außerdem ist für die Aktion im Bildungszentrum Sprockhövel kontinuierlich geworben worden. Allein im Rahmen dieser Aktivitäten konnten weit mehr als 1.000 Kolleginnen und Kollegen für eine Unterschrift gewonnen werden! Nehmen wir die Geschäftsstellen hinzu, von denen wir keine konkreten Angaben haben, können wir von einer um ein Vielfaches höheren Anzahl unterschriebener Karten ausgehen.

Die Aktion hatte große Resonanz! Das sollte uns für unsere weitere Arbeit ermutigen. Sie läuft weiter, solange es noch Karten gibt und es die Lage der auf ihnen vorgestellten Kolleginnen und Kollegen es erfordert.

Eindrücke vom 1. Mai...



in Frankfurt



in Recklinghausen



in Essen

Übrigens reiht sich unsere Aktion in eine ganze Kette von Solidaritätsveranstaltungen ein, z. B. in Sao Paulo, Warschau, Paris, Genf und Amsterdam.

In einem Brief, der mit den in Frankfurt unterschriebenen Postkarten an den Botschafter von Belarus nach Berlin geschickt wurde, erklärten Jürgen Kerner und Wolfgang Lemb, Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall:

„Die IG Metall setzt sich für verfolgte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter weltweit ein und arbeitet dabei eng mit Amnesty International zusammen. Anlässlich des Internationalen Tags der Arbeit haben wir unsere Mitglieder über die Verfolgung der unabhängigen Gewerkschaften in Belarus und die Inhaftierung vieler Gewerkschafterinnen

und Gewerkschafter in Ihrem Land informiert. Wir haben Unterschriften für die Freilassung unserer Kolleginnen und Kollegen gesammelt. (...)

Im Namen der IG Metall, die über 2,2 Millionen Mitglieder in Deutschland vertritt, rufen wir die belarussische Regierung auf, alle inhaftierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unverzüglich freizulassen. Wir rufen die belarussische Regierung auf, die von ihr ratifizierten Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation und die Arbeitnehmerrechte zu respektieren.

Die IG Metall wird sich weiterhin für die Freiheit unserer Kolleginnen und Kollegen sowie für die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte in Belarus einsetzen – auch in Kooperation mit unseren globalen Gewerkschaftsföderationen.“

Aus Belarus gibt es unterdessen weiterhin keine guten Neuigkeiten. Der Newsletter von Solidarnast, der Vertretung der unabhängigen Gewerkschaften von Belarus im Ausland, meldet:

- Vasil Berasneu, Hennadz Fiadynich und Vatslav Areshka wurden mittlerweile in Straflager verbracht, wo sie entsprechend der willkürlichen Urteile 9 bzw. 8 (Areshka) Jahre eingesperrt bleiben sollen.
- Die Regierung von Belarus führt eine Liste von Personen, die sie für „extremistisch“ erklärt hat. Diese Personen sind, auch wenn sie nicht mehr in Haft sind, von bestimmten Aktivitäten ausgeschlossen. Ihre finanziellen Transaktionen unterliegen besonderer Kontrolle. Die Liste umfasst mittlerweile 2.735 Personen, unter ihnen Aliaksandr Mishuk (stellv. Vorsitzender der Unabhängigen Gewerkschaft von Belarus BNP) und Yanina Malash (Stellv. Vorsitzende der Gewerkschaft der Metallarbeiter SPM). Seit Ende April finden sich dort auch die Namen von Aliaksandr Yashuk (Vorsitzender des Kongresses der demokratischen Gewerkschaften BKDP), Siarhei Antusevich (stellv. Vorsitzender des BKDP) und Iryna Bud-Husaim (Finanzverantwortliche und Medienbeauftragte des BKDP).
- Aliaksandr Kandrasjuk, Junior-Wissenschaftler an der Nationalen Akademie der Wissenschaften und Aktivist der Freien Gewerkschaft von Belarus (SPB) wurde wegen „Aufstachelung zu sozialer Feindschaft“, „öffentlicher Beleidigung des Präsidenten“ und „Diskreditierung der Republik“ zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.
- Viktor Krival, früherer Aktivist der Gewerkschaft der Beschäftigten der Radioelektronischen Industrie (REP) weigerte sich am 8. April bei einer Hausdurchsuchung, bei der die Polizei nichts fand, den Polizisten Zugang zum PC seines Sohnes zu verschaffen. Er wurde daraufhin verhaftet und in eine Strafzelle gesteckt, in der es nur ein Eisenbett und einen Holzstuhl gab und die Temperatur 4 Grad betrug. Man klagte ihn des Ungehorsams gegen die Anordnungen einer Amtsperson an und verurteilte ihn am 5. Mai zu 15 Tagen Haft. Am 6. Mai trat Viktor aus Protest gegen die willkürlichen und illegalen Handlungen der Behörden in einen trockenen Hungerstreik. Die Behörden verweigerten zunächst die Hinzuziehung eines Arztes. Am 12. Mai wurde er wegen seines sich verschlechternden Gesundheitszustands ins Krankenhaus geschafft, wo er sich am 19. Mai noch befand.

Auch aus anderen Ländern erreichen uns bedrückende Informationen.

**Iran:** Esmail Abdi, Vorsitzender der Teheraner Lehrgewerkschaft, sitzt seit acht Jahren wegen seines Eintretens für die Interessen seiner Kolleg:innen im Teheraner Evin-Gefängnis. Eigentlich

wäre die Haft, zu der ihn das Regime verurteilte, zu Ende. Aber es wurde ihm eine weitere Haftstrafe von nunmehr zehn Jahren verkündet.

**Russland:** Michail Lobanow, Mathematiker und unabhängiger Gewerkschafter an der Moskauer Universität, wurde am 18. Mai erneut verhaftet. Sein Rechtsvertreter informiert darüber, dass gegen ihn die Anschuldigungen „Verbreitung falscher Informationen über die Armee“ und „Rechtfertigung des Terrorismus“ erhoben werden. Tatsächlich hat sich Lobanow gegen Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgesprochen. Die willkürlichen Vorwürfe können eine Gefängnisstrafe von bis zu 7 Jahren nach sich ziehen.

**Kambodscha:** Gegen Chhim Sithar, über die wir in unserem letzten Newsletter berichteten, ist am 25. Mai wegen „Anstiftung zu einem Verbrechen oder zur Störung der öffentlichen Sicherheit eine Haftstrafe von zwei Jahren Haft verhängt worden. Chhim ist die Vorsitzende der Gewerkschaft der Beschäftigten des Casino- und Hotelkomplexes NagaWorld in Phnom Penh, deren Mitglieder sich nach Massenentlassungen seit Dezember 2021 im Streik befinden. Mit Chhim wurden acht weitere Gewerkschafter:innen zu ein- bis eineinhalb Jahren Haft verurteilt. Sie alle haben nichts weiter getan, als ihr Grundrecht auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit wahrzunehmen.

Amnesty International ruft weiter auf zur Solidarität mit Chhim Sithar und ihren Kolleg:innen: [www.amnesty.de/mitmachen/brief-gegen-das-vergessen/kambodscha-chhim-sithar-april-2023](http://www.amnesty.de/mitmachen/brief-gegen-das-vergessen/kambodscha-chhim-sithar-april-2023)

**Philippinen:** Ende April meldete der Internationale Gewerkschaftsbund die Ermordung von Alex Dolorosa, Rechtsberater der Gewerkschaft BPO Industry Employees Network. Er wurde mit etlichen Stichwunden tot aufgefunden.

So weit aktuelle Informationen über unsere verfolgten Kolleg:innen international.

Herzliche Grüße  
Uli Breitbach



**Unterstützung verfolgter Gewerkschafter:innen**

*Eine Initiative der IG Metall in Kooperation mit Amnesty International*